



Wirtschaftliches Glossar

Aggregiert: Total für die gesamte Wirtschaft.

Allgemeines Gleichgewicht: Gleichzeitiges Gleichgewicht aller Märkte der Wirtschaft.

Allgemeines Preisniveau: Kaufkraftparität geteilt durch den effektiven Wechselkurs.

Amplitude: Distanz zwischen dem Hoch- und dem Tiefpunkt eines Konjunkturzyklus. Je grösser die Amplitude eines Zyklus ist, desto ausgeprägter sind in der Regel die Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit während dieses Zyklus.

Annualisierte Wachstumsrate: Wachstumsrate für einen gegebenen Zeitraum (z.B. ein Quartal oder Semester) als Jahresrate ausgedrückt. Im Wirtschaftsausblick der OECD wird die Höhe der Wachstumsraten im Text und in den Tabellen, falls nichts anderes erwähnt wird, als Jahresrate angegeben.

Ansteckung: Phänomen, dass auf den Finanzmärkten eines Landes oder einer Region beobachtete Störungen eine Finanzkrise in einem anderen Land oder einer anderen Region auslösen.

Arbeitnehmende: Alle von Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen, privaten Institutionen ohne Erwerbzweck und den Haushalten beschäftigte Personen, mit Ausnahme der Eigentümer von nicht börsenkotierten Gesellschaften und ihren unbezahlt mitarbeitenden Familienangehörigen. Armeeangehörige werden unabhängig von Art und Dauer ihres Dienstes als Arbeitnehmende betrachtet.

Arbeitnehmerentgelt: Von den gebietsansässigen Produzenten an ihre Arbeitnehmenden bezahlte Löhne und Gehälter in Form von Barzahlungen oder Naturalleistungen sowie die effektive oder angerechnete Beteiligung der Produzenten an den Beiträgen für Sozialversicherungen, private Vorsorgeeinrichtungen, Familienzulagen, Unfall- und Lebensversicherungen o. Ä. zugunsten ihrer Arbeitnehmenden.

Arbeitslosenquote: Verhältnis zwischen der Zahl der Stellensuchenden (Aktive ohne Erwerbstätigkeit) und der aktiven Bevölkerung.

Aufsicht: Überwachung des Funktionierens des Zahlungssystems und des prudentiellen Verhaltens der Finanzinstitute durch ein Kontrollorgan wie eine Zentralbank oder eine spezifische Regulierungsbehörde. Im Rahmen dieser Tätigkeit wird unter anderem geprüft, ob ein ausreichender Wettbewerb im Finanzsektor besteht.

Ausländische Direktinvestition - ADI: Eine ausländische Investition wird als Direktinvestition erfasst, wenn der ausländische Investor mindestens 10 Prozent der Stammaktien oder der Stimmrechte an einem Unternehmen hält und einen gewissen Einfluss auf seine Geschäftsführung ausübt. Dieser Begriff ruft jedoch gewisse Vorbehalte hinsichtlich des Konzepts und der Definition hervor. Erstens enthalten die Direktinvestitionen nicht die Investitionen, die über den Finanzmarkt des Gastlandes oder mittels anderer Finanzquellen getätigt werden, die nicht durch das Land des Investors fließen. Zweitens kann eine gewisse Anzahl ausländischer Investoren eine Mehrheitsbeteiligung an Gesellschaften innehaben, obwohl sie weniger als 10 Prozent der Stammaktien besitzen. Diese Investitionen werden gegebenenfalls nicht berücksichtigt und es wird davon ausgegangen, dass diese Gesellschaften von Angehörigen des betreffenden Landes kontrolliert werden. Kapitalbewegungen über Holdinggesellschaften können zudem eine künstliche Aufblähung der Investitionsflüsse verursachen, wenn diese Gelder in ein Land hinein oder daraus hinausfließen. Was die Definition angeht, verwenden gewisse Länder eine andere Schwelle als die 10 Prozent, um die ADI von den Portfolioinvestitionen zu unterscheiden. Datenvergleiche zwischen verschiedenen Ländern können somit irreführend sein, da die statistische Erhebung gegebenenfalls auf unterschiedlichen Erfassungspraktiken beruht.

Austauschbare Güter / Substitutionsgüter: Zwei Güter werden als austauschbar bezeichnet, wenn ihre Kreuzpreiselastizität über Null liegt.

Automatischer Stabilisator: Politischer Mechanismus zur Dämpfung wirtschaftlicher Fluktuationen ohne gezielte Änderung der Wirtschaftspolitik; Beispiel Einkommenssteuer: Bei tieferem Einkommen sinkt automatisch die Einkommenssteuer.

Bemessungsgrundlage: Elemente, anhand derer die Steuern oder die Sozialversicherungsbeiträge berechnet werden. Dabei kann es sich um Einkünfte, Verbrauch (MWST) oder Produkte (Erdölprodukte) handeln. Die Bemessungsgrundlage betrifft verschiedene Kategorien von Wirtschaftsakteuren: Konsumenten für die MWST, Arbeitgebende und Arbeitnehmende für die Sozialversicherungsbeiträge.

Beschäftigungsquote: Verhältnis zwischen der aktiven Bevölkerung und der gesamten Bevölkerung im Erwerbsalter (15-64 Jahre).

BIP: siehe Bruttoinlandprodukt.

BIP-Deflator: Verhältnis zwischen dem nominalen BIP und dem realen BIP; Messgrösse des allgemeinen Preisniveaus, welche die Kosten für einen repräsentativen Warenkorb von zu diesem Zeitpunkt produzierten Gütern und Dienstleistungen relativ zu den Kosten desselben Warenkorbes in einem Referenzjahr ausdrückt.

BIZ: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Bruttoinlandprodukt (BIP): 1. Total des entstandenen Einkommens auf nationalem Gebiet, einschliesslich des Einkommens von Produktionsfaktoren in ausländischem Eigentum. 2. Total der Ausgaben für auf nationalem Gebiet hergestellte Güter und erbrachte Dienstleistungen. 3. Summe der in der nationalen Wirtschaft erzeugten Wertschöpfung unabhängig vom Ursprung der Produktionsfaktoren. Diese drei Definitionen sind äquivalent.

Bruttosozialprodukt (BSP): Gesamtes Einkommen aller Einwohner eines Landes, einschliesslich mittels im Ausland eingesetzten Produktionsfaktoren. Das Bruttosozialprodukt entspricht auch der Summe der durch die nationalen Produktionsfaktoren unabhängig von ihrem physischen Standort erzeugten Wertschöpfung.

Bruttostaatsverschuldung: Summe der Finanzverbindlichkeiten der öffentlichen Verwaltungen, hauptsächlich in Form von durch die öffentliche Hand ausgegebene Schatzanweisungen und Obligationen. Für die Staatsverschuldung im Sinne des Maastrichter Vertrags und seiner Umsetzung, vgl. Verordnung (EG) Nr. 3605/93 des Rates vom 22. November 1993.

BSP: siehe Bruttosozialprodukt.

Deflation: Rückgang des allgemeinen Preisniveaus.

Depression: Besonders schwerwiegende Rezession.

Dienstleistung: Meist immaterielles Erzeugnis, das auf einem Markt gehandelt wird (marktbestimmte Dienstleistungen) oder dessen Produktionsfaktoren auf einem Markt gehandelt werden (nicht marktbestimmte Dienstleistungen).

Disinflation: Sinken der Inflationsrate, bzw. Verlangsamung des Preisanstiegs.

Effektiver Wechselkurs: Nominaler Wechselkurs: Zusammengesetzter Index des Werts der Nationalwährung. Dabei handelt es sich um den Wechselkurs der Nationalwährung gegenüber anderen Währungen, die anhand ihres Anteils am Handel oder an den internationalen Zahlungen des Landes gewichtet werden. Realer Wechselkurs: Dieser trägt den unterschiedlichen Preisniveaus zwischen den Handelspartnern Rechnung. Die Änderungen des effektiven realen Wechselkurses geben einen Hinweis zur Entwicklung der externen preislichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

Einkommenselastizität: Für ein gegebenes Gut x und ein Einkommen R entspricht die Einkommenselastizität der Sensibilität der Nachfrage nach x auf eine prozentuale Änderung von R .

Einkommenssteuern: Regelmässige Steuern der öffentlichen Hand auf den Einkommen aus Arbeit, Vermögen, Kapitalgewinnen und anderen Einkommen. Die Sozialversicherungsbeiträge und die Gebühren sind in den Einkommenssteuern nicht enthalten.

Elastizität: Prozentuale Änderung einer Variablen, die durch die Änderung einer anderen Variablen um 1 % verursacht wird.

Endogene Variablen: Variablen eines ökonomischen oder ökonometrischen Modells, die durch dieses Modell erklärt oder vorhergesagt werden.

Endogene Wachstumstheorie: Modelle für das Wirtschaftswachstum, die versuchen, die Rate des technischen Fortschritts zu erklären.

Ersparnis der Haushalte: Ersparnis des Sektors der Haushalte, ausgedrückt als Prozentsatz des verfügbaren Einkommens des Sektors der Haushalte.

Erwerbspersonen: Gesamtzahl der erwerbstätigen Personen und der Stellensuchenden (erwerbslos).

Erwerbstätige: Gesamtzahl der Erwerbspersonen, die zurzeit effektiv einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Erzeugerstützungsmass (Producer Support Estimate - PSE): Monetärer Indikator für den jährlichen Bruttotransfer an Stützungsleistungen von den Konsumenten und Steuerzahlern an die landwirtschaftlichen Produzenten gemessen an den Preisen ab Hof und unabhängig von der Art, den Zielen oder den Auswirkungen dieser Stützungsleistungen auf die Produktion oder das Einkommen der Landwirtschaftsbetriebe. Das Erzeugerstützungsmass misst die Agrarbeihilfen der Politik im Verhältnis zur Situation ohne diese Hilfen, also wenn die landwirtschaftlichen Produzenten nur den allgemeinen nationalen Politiken unterstehen würden (darunter Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Steuerpolitik). Es handelt sich um einen Bruttowert, da die den einzelnen Produzenten im Zusammenhang mit diesen Beihilfen entstehenden Kosten nicht abgezogen werden. Das PSE ist auch ein Nominalwert, was bedeutet, dass höhere Kosten im Zusammenhang mit Importzöllen auf Vorleistungen bei der Berechnung nicht abgezogen werden. Bei der PSE-Berechnung abgezogen werden hingegen die Beiträge der Produzenten an die Finanzierung von Stützungsleistungen (beispielsweise Produzentenbeiträge), die zu einem gewissen Transfer an die Produzenten führen. Das Erzeugerstützungsmass umfasst sowohl implizite als auch explizite Geldflüsse. In Prozenten angegeben drückt das PSE das Verhältnis der Stützungsleistungen zum Gesamtwert der Bruttoeinnahmen der Landwirtschaft aus, letzterer setzt sich aus dem Gesamtwert der Agrarerzeugnisse (Preise ab Hof) und der staatlichen Beihilfen zusammen.

EU - Europäische Union: Sie umfasst 28 Länder: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, und Zypern.

Eurozone: Die 18 EU-Länder, die den Euro bis Ende 2014 eingeführt haben: Belgien (1999), Deutschland (1999), Estland (2011), Finnland (1999), Frankreich (1999), Griechenland (2001), Irland (1999), Italien (1999), Lettland (2014), Luxemburg (1999), Malta (2008), Niederlande (1999), Österreich (1999), Portugal (1999), Slowakei (2009), Slowenien (2007), Spanien (1999) und Zypern (2008). Litauen wird der Eurozone offiziell per 1. Januar 2015 beitreten.

Exogene Variablen: Variablen, die in einem ökonomischen oder ökonometrischen Modell vorkommen, die jedoch nicht durch das Modell erklärt werden.

Extensives Wachstum: Teil des Wirtschaftswachstums, der ausschliesslich aus einer Erhöhung der Produktionsfaktoren - Arbeit, Kapital und Boden - innerhalb der Wirtschaft hervorgeht, d.h. ohne Steigerung der Totalen Faktorproduktivität.

Externalität: Tatsache, dass ein Wirtschaftsakteur durch seine Tätigkeit einen externen Effekt verursacht, der anderen ohne finanzielle Gegenleistung einen Nutzen oder einen Vorteil verschafft, oder im Gegenteil einen Nachteil oder Schaden ohne Kompensation.

EZB: Europäische Zentralbank im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Faktoreinkommen: Durch die Produzenten bezahltes Arbeitnehmerentgelt und Nettobetriebsüberschuss der Produzenten.

Faktorpreis: Entschädigung einer Einheit eines Produktionsfaktors.

Finanzakzelerator: Reaktion der Bedingungen auf dem Kreditmarkt auf wirtschaftliche «Schocks», wobei diese Reaktion die Auswirkungen des Schocks noch verstärken und verbreiten kann. Zum Beispiel können die Haushalte und die Unternehmen in Zeiten der Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit mehr Mühe haben, Kredite zu erhalten, was diese Abschwächung noch verschlimmern und verlängern kann.

Finanzieller Hebel / Financial Leverage: Einsatz von Fremdkapital, um die Verzinsung des Eigenkapitals zu steigern. Aus buchhalterischer und finanzieller Sicht handelt es sich um die

ausstehenden langfristigen Schulden im Verhältnis zum Eigenkapital. Je höher dieses Verhältnis ist, desto bedeutender ist der finanzielle Hebel.

Finanzierungskapazität: Veränderung der Rendite des Nettovermögens der Wirtschaftsakteure im Verhältnis zur Nettoveränderung der von ihnen eingegangenen Verbindlichkeiten.

Finanzintermediation: Prozess, im Rahmen dessen Ressourcen von Privatpersonen, die einen Teil ihres Einkommens im Hinblick auf ihren zukünftigen Konsum sparen möchten, an Privatpersonen und Unternehmen, die Kredite aufnehmen möchten, um Ausrüstungsgegenstände für ihre zukünftige Produktion zu erwerben, übertragen werden.

Finanzmarkt: Markt, der die Verbindung zwischen den Anbietern von Kapital (insbesondere die Haushalte, die ihre Ersparnisse anlegen wollen) und den Nachfragern von Kapital (insbesondere die Unternehmen, die Kredite aufnehmen) sicherstellt. Dieser Markt umfasst den kurzfristigen Finanzmarkt oder Geldmarkt und den mittel- und langfristigen Finanzmarkt oder Kapitalmarkt. Seit den 1980er-Jahren haben alle Akteure freien Zugang zum Finanzmarkt.

Fluss: Variable, die als Menge pro Zeiteinheit gemessen wird.

Friktionelle Arbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit, die durch die Zeit verursacht wird, welche die Arbeitnehmenden brauchen, um die Stellen zu suchen und zu finden, die ihren Fähigkeiten und Vorlieben am besten entsprechen.

Gebühr: Dem Staat bezahlte Abgabe mit einem festgelegten Verwendungszweck.

Geld: Allgemein akzeptiertes Gut, mit dem eine Schuld einfach, schnell und ohne Transaktionskosten beglichen werden kann.

Geldmenge: Gesamter Geldbestand eines Landes (oder einer Gruppe von Ländern bei einer Währungsunion wie der Eurozone).

Geldpolitik: Entscheidungen der Zentralbank hinsichtlich des Geldangebots.

Gesellschaften: Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und andere finanzielle und nicht finanzielle Unternehmen, die aufgrund des Gesetzes, der administrativen Reglemente oder ihrer Eintragung in ein Handelsregister als von ihren Eigentümern unabhängige Rechtseinheiten betrachtet werden.

Gesetzgebung zum Beschäftigungsschutz: Die Gesetzgebung zum Beschäftigungsschutz bezieht sich auf die Gesetzgebung zur Einstellung (z.B. Bedingungen für Fest- und Temporärarbeitsverträge, Anforderungen im Bereich der Ausbildung) wie auch zur Kündigung (z.B. Kündigungsverfahren, Kündigungsentschädigungen).

Gleichgewicht: Zustand des Gleichgewichts zwischen zwei entgegengesetzten Kräften, wie dem Angebot und der Nachfrage auf einem Markt.

Handelsbilanz: Teilbilanz, welche einerseits die Güterexporte, die für einen Zufluss an Devisen sorgen und andererseits die Importe, die zu einem Abfluss an Devisen führen, abbildet.

Haushaltsdefizit: Negative Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben.

Haushaltspolitik: Entscheidungen des Staates hinsichtlich der Festlegung der Ausgaben und Einnahmen.

Historische Volatilität: Standardabweichung der Rendite eines Vermögenswerts, berechnet für eine Periode, die eine gewisse Zahl vergangener Handelstage abdeckt.

Humankapital: Ausbildung, die einen Wert auf dem Arbeitsmarkt hat. Das Humankapital kann vermehrt werden, indem in Ausbildung, Weiterbildung und Gesundheitsvorsorge investiert wird. Ökonomen argumentieren zunehmend, dass die Akkumulierung von Humankapital zusätzlich zum Sachkapital (Fabriken und Maschinen) ein zentraler Bestandteil des Wirtschaftswachstums ist. Allerdings ist dieser Schluss weitgehend eine Sache der Theorie und der Überzeugung, nicht das Ergebnis einer ausführlichen empirischen Untersuchung. Die Ökonomen haben kaum Fortschritte bei der Lösung des heiklen Problems gemacht, wie Humankapital gemessen werden soll, selbst innerhalb eines Landes über die Zeit hinweg ganz abgesehen von Vergleichen zwischen Ländern. Auch die nichtwirtschaftlichen Vorteile der Ausbildung lohnen sich.

Hysterese: Dauerhafte Auswirkung auf die Wirtschaftsgeschichte, insbesondere auf die natürliche Arbeitslosenquote.

IKT (ICT in Englisch): Informations- und Kommunikationstechnologien.

Impulswirkungen: Auswirkungen auf andere Variablen/Sektoren, die sich aus der Entwicklung einer Variablen oder der Tätigkeit eines Sektors ergeben.

Indirekte Steuern: Von den Produzenten bezahlte Steuern, gestützt auf die Produktion, den Verkauf, den Kauf oder die Verwendung von Gütern oder Dienstleistungen.

Inflation: Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Hinweis: Wenn der Preis eines einzelnen Gutes steigt, spricht man nicht von Inflation.

Investition: Von Privatpersonen und Unternehmen gekaufte Güter, die ihren Kapitalstock erhöhen sollen.

Investitionen in Wohnimmobilien: Neue Wohnungen, die von Personen gekauft werden, um darin zu wohnen oder von Immobilieneigentümern, um sie zu vermieten.

IWF: Internationaler Währungsfonds.

Kapital: 1. Bestand an zu Produktionszwecken verwendeten Infrastrukturen und Ausrüstungen; 2. Mittel, welche den Erwerb des unter 1 definierten Kapitals ermöglichen.

Kaufkraftparität – KKP: Damit das BIP länderübergreifend vergleichbar ist, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Erstens muss die Berechnungsbasis für das BIP in allen analysierten Ländern die gleiche sein. Zweitens muss das BIP in einer vergleichbaren Einheit (Geldwert) ausgedrückt sein. Am einfachsten lässt sich das BIP zweier Länder vergleichen, indem jeder Betrag (oder besser noch der Betrag pro Kopf) mithilfe offizieller Wechselkurse in eine gemeinsame Währung umgerechnet wird. Diese Methode wird allerdings im Allgemeinen als nicht geeignet bezeichnet, da die offiziellen Wechselkurse die vergleichbare Kaufkraft der Lokalwährungen auf ihrem eigenen Markt nicht angemessen widerspiegeln. Das Konzept der Kaufkraftparität (KKP) wurde entwickelt, um einen neuen Umrechnungsfaktor für das BIP einzuführen und so Preis- und Volumenvergleiche des BIP gestützt auf international vergleichbare Daten möglich zu machen. Die KKP ist der Umrechnungskurs, zu dem die Kaufkraft der verschiedenen Währungen gleich ist. Herrscht Kaufkraftparität, kann man mit einem bestimmten Geldbetrag nach dem Umtausch in verschiedene Währungen in allen Ländern den gleichen Waren- und Dienstleistungskorb kaufen. Die KKP entspricht somit dem Umrechnungskurs, der Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht. Die bei der BIP-Berechnung der verschiedenen Länder berücksichtigten Ausgaben werden somit mithilfe der KKP in eine einheitliche Währung umgerechnet. Sie werden mit derselben Serie internationaler Preise ausgedrückt, sodass bei den Ländervergleichen die Unterschiede nur darin bestehen, wie viele Güter und Dienstleistungen gekauft wurden. Werden die Ausgaben dagegen mithilfe der Wechselkurse in eine einheitliche Währung umgerechnet, werden nicht nur die mengenmässigen Unterschiede zwischen den Ländern berücksichtigt, sondern auch die unterschiedlichen Preisniveaus. Die Wechselkurse tragen der relativen Kaufkraft der verschiedenen Währungen nicht Rechnung und eignen sich somit nicht als Umrechnungskurse für internationale Volumenvergleiche. Die bei der BIP-Berechnung berücksichtigten Ausgaben, die mithilfe der Wechselkurse umgerechnet werden, bleiben grundsätzlich nominale Indikatoren; erst wenn die gleichen Ausgaben mithilfe der KKP umgerechnet werden, erhält man reale Indikatoren. Die von der OECD berechneten KKP sind in dieser Hinsicht nicht aussagekräftig, da sie sich nicht nur auf die im Inland produzierten, gehandelten Güter und Dienstleistungen zu Exportpreisen beziehen. Sie werden vielmehr zu spezifischen statistischen Zwecken ermittelt, um internationale Preis- und Volumenvergleiche der bei der Berechnung des BIP und seiner Komponenten berücksichtigten Ausgaben zu erlauben. Somit beziehen sich die von der OECD berechneten KKP auf die ganze Palette an im Gesamt-BIP berücksichtigten Güter und Dienstleistungen, einschliesslich zahlreicher Positionen wie Bauwirtschaft und nicht marktbestimmte Dienstleistungen des Staates. Zudem werden sie zu Binnenpreisen bewertet und bei der Berechnung werden die Ausgaben so gewichtet, dass sie vor allem die Binnennachfrage abbilden. Die Ausgaben werden in den Publikationen der OECD sowohl in realen als auch in nominalen Werten präsentiert. Die realen Werte sind zu internationalen Preisen in US-Dollar und die nominalen Werte zu nationalen Preisen in US-Dollar und Lokalwährung ausgedrückt (die Wahl des US-Dollar ist reine Vereinbarungssache ohne Auswirkungen auf die relativen Positionen der Länder).

Kleine offene Volkswirtschaft: Offene Volkswirtschaft, deren Zinssätze von den internationalen Finanzmärkten vorgegeben werden; Volkswirtschaft, die aufgrund ihrer Grösse vernachlässigbare Auswirkungen auf die internationalen Märkte und insbesondere auf den weltweiten Zinssatz hat.

Knappheit: Knappheit der Ressourcen bedeutet, dass die Ressourcen nur in beschränkter Menge hergestellt werden. Der Begriff ist daher in seinem wirtschaftlichen Sinn und nicht im üblichen Sinn zu verstehen. Ein Kunstwerk ist ein knapper Gegenstand im allgemeinsprachlichen Sinn, da es nur ein Exemplar davon gibt. Wird es reproduziert, sind dies nur Kopien und nicht das Original des Künstlers. Das in den Warenhäusern angebotene Mineralwasser ist dagegen ein reichlich vorhandenes Gut im allgemeinen Sprachgebrauch, denn es lässt sich einfach beschaffen. Dennoch ist es ein knappes Gut im wirtschaftlichen Sinn des Begriffs. Auch wenn Millionen von Flaschen produziert werden, bleibt dies eine beschränkte Menge.

Komplementäre Güter: Zwei Güter werden als komplementär bezeichnet, wenn ihre Kreuzpreiselastizität negativ ist.

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit den kurzfristigen Wirtschaftsschwankungen; Abweichung der Arbeitslosenquote von der natürlichen Arbeitslosenquote.

Konjunkturzyklus: Schwankungen der Produktion, der Einkommen und der Beschäftigung, welche die gesamte Wirtschaft betreffen. Es gibt zahlreiche Methoden zur Messung von Konjunkturzyklen. In der Regel wird ein Zyklus durch die Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit um ihren Trend dargestellt, der anhand eines bestimmten Indikators geschätzt wird. Ein vollständiger Zyklus umfasst die Periode zwischen dem Zeitpunkt, wo die Tätigkeit nahe an ihrem Trendniveau liegt und dem Zeitpunkt, wo sie dieses wieder erreicht, nachdem sie über dieses Niveau gestiegen und danach darunter gesunken ist oder umgekehrt.

Konsolidierung (der Staatsschulden): Die im Wirtschaftsausblick der OECD präsentierten Verschuldungsstatistiken sind soweit möglich konsolidiert.

Konsum: Von den Konsumenten erworbene Güter und Dienstleistungen.

Konsumentenpreisindex (KPI): Messgrösse des allgemeinen Preisniveaus, welche die Kosten für einen repräsentativen Warenkorb von Konsumgütern und Dienstleistungen relativ zu den Kosten desselben Warenkorbs in einem Referenzjahr ausdrückt.

Korrelationskoeffizient: Indikator, mit dem der Grad des linearen Zusammenhangs zweier Variablen abgeschätzt werden kann. Der Koeffizient kann Werte zwischen plus 1 und minus 1 annehmen, was die Stärke und die Richtung des Zusammenhangs angibt.

Korruption: Im Allgemeinen versteht man unter Korruption den «Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil». Es gibt verschiedene Ebenen von Korruption. So spricht man je nach Höhe der Beträge und je nach Sektor von Korruption auf Regierungsebene (Grosskorruption), Korruption an der Schnittstelle zwischen Bürger und Staat (Kleinkorruption) bzw. Korruption zur Erlangung politischer Einflussnahme (politische Korruption). Grosskorruption bezieht sich auf Handlungen von hochrangigen Regierungsvertretern, die zur Verzerrung der Politik führen oder die zentrale Funktionsweise eines Staates beeinträchtigen und damit diesen Personen auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile verschaffen. Kleinkorruption bezeichnet den tagtäglichen Missbrauch anvertrauter Macht durch Beamten auf niederer bis mittlerer Stufe bei deren Umgang mit den Bürgern, die in der Regel an Orten wie Spitälern, Schulen, Polizeistellen oder bei anderen Behörden Basisgüter und -dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen. Bei der politischen Korruption geht es um die Manipulation von Politiken, Institutionen und Verfahrensregeln bei der Verteilung von Ressourcen und Finanzmitteln durch politische Entscheidungsträger, die zum Erhalt ihrer Macht, ihres Status und ihres Vermögens ihre Stellung missbrauchen. Korruption schadet der Wirtschaft. Länder mit hoher Korruption investieren gemäss Untersuchungen weniger, auch in die Bildung, und verzeichnen tiefere Wachstumsraten. Sie ziehen auch weniger ausländische Direktinvestitionen an. Es gibt keine gute Korruption, aber gewisse Arten von Korruption sind weniger schlecht als andere. Ist Korruption berechenbar – z.B. wenn der Bestechende weiss, was er zahlen muss, und sicher sein kann, dass er erhält, wofür er bezahlt –, dann schadet sie der Wirtschaft weniger, als wenn sie unberechenbar ist. Gibt es keine Korruption, so bringt dies bedeutende wirtschaftliche Vorteile mit sich, da sich Institutionen entwickeln können, mit denen eine Marktwirtschaft wirksam funktioniert. Länder, in denen Bestechung im öffentlichen Bereich eher die Ausnahme ist als die Regel, vermochten zu wachsen dank der Entstehung von Institutionen wie einer unabhängigen Justiz, einer freien Presse, eines gut bezahlten öffentlichen Dienstes und – was vielleicht

noch viel wichtiger ist – einer Wirtschaft, in der die Unternehmen mit anderen um Kunden und Kapital konkurrieren müssen.

Kreuzpreiselastizität: Für zwei gegebene Güter x und y misst die Kreuzpreiselastizität die prozentuale Sensibilität der Änderung des Preises von y auf die Nachfrage nach x. Diese Elastizität kann positiv (Substitutionsgüter), null (unabhängige Güter) oder negativ (Komplementärgüter) sein.

Leistungsbilanz: Zusammenfassender Indikator des Handels und des Zahlungsverkehrs eines Landes mit dem Rest der Welt.

Lender of Last Resort: Kreditgeber, in der Regel eine Zentralbank, die den Finanzinstituten Mittel zur Verfügung stellt, welche diese nicht auf dem Markt aufnehmen können. Der Beitrag dieser Mittel dient dazu, systemischen Problemen infolge mangelnder Liquidität dieser Institutionen vorzubeugen.

Liquidität: Eigenschaft besonders aktiver Märkte, auf denen bedeutende Aufträge einfach ausgeführt werden können, wobei die Auswirkungen auf die Preise vernachlässigbar sind.

Lohnstückkosten: Löhne und Entgelte einschliesslich Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber pro Produkteinheit.

Lohnsumme: Gesamtheit der Löhne und der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgebenden.

Makroökonomie: Fachgebiet, das untersucht, wie sich der Wirtschaftskreislauf oder das Wirtschaftssystem reguliert und welche Interaktionen zwischen den verschiedenen Variablen des Systems bestehen. Definition der Makroökonomie nach Attali und Guillaume: Untersuchung der Produktions-, Konsum- und Handelsmechanismen in einer gegebenen sozialen Struktur, sowie der Beziehungen zwischen diesen Mechanismen und dieser Struktur.

Marginale Arbeitsproduktivität (PML): Produktionsmengenzuwachs, der auf den Einsatz einer zusätzlichen Einheit des Faktors Arbeit zurückzuführen ist.

Marginale Kapitalproduktivität (PMK): Produktionsmengenzuwachs, der auf den Einsatz einer zusätzlichen Einheit des Faktors Kapital zurückzuführen ist.

Markt: Realer oder fiktiver Ort, an dem ein Gut, eine Dienstleistung, Arbeit, Kapital oder Geld gehandelt wird.

Marktbestimmte Güter und Dienstleistungen: Güter und Dienstleistungen, die in der Regel dazu bestimmt sind, auf einem Markt zu einem Preis, der mindestens die Herstellungskosten decken soll, verkauft zu werden. Marktbestimmt sind alle Güter und Dienstleistungen, die durch den Businesssektor hergestellt werden sowie alle importierten Güter und Dienstleistungen (mit Ausnahme jener, die direkt durch die öffentlichen Verwaltungen im Rahmen ihrer laufenden Geschäfte und durch die Haushalte im Ausland gekauft werden), aber auch der Anteil der Produktion der Sektoren der öffentlichen Verwaltungen und der privaten Institutionen ohne Erwerbzweck im Dienste der Haushalte, deren Verkaufspreis die oben genannten Bedingungen erfüllt (Kostendeckung).

Materielle oder immaterielle Investitionen: Wirtschaftlicher Vorgang, im Rahmen dessen ein Unternehmen Produktionsgüter erwirbt (materielle Investition) oder gewisse Ausgaben mit dem Ziel tätigt, das Potenzial des Unternehmens für die Zukunft zu steigern (immaterielle Investition).

Mikroökonomie: Fachgebiet, welches das wirtschaftliche Verhalten der Wirtschaftsakteure analysiert. Die Wirtschaftsakteure optimieren ihr Ziel, wobei sie die Einschränkungen respektieren, denen sie unterstellt sind.

Mindestreserven: Für Depotstellen vorgeschriebene Mindestreserven. Sie werden durch die Zentralbank oder die Finanzmarktaufsichtsbehörde festgelegt. Eine Änderung des Koeffizienten der Mindestreserven wirkt sich auf den Basisbetrag der Einlagen aus, die ein Finanzinstitut für sein Kreditgeschäft mobilisieren kann. Die Mindestreserven sind ein Instrument der Geldpolitik.

Mittelfristige Prognosen oder Szenarien: Szenarien für 5-6 Jahre, die im Rahmen der Prognosen der OECD erstellt und veröffentlicht werden. Grundsätzlich zeigen sie die zu erfüllenden Bedingungen auf, um das mittelfristige globale Gleichgewicht der Wirtschaften wieder herzustellen - d.h. die Abweichung zwischen dem effektiven und dem potenziellen Niveau der Produktion und der Beschäftigung zu verringern. Sie dienen üblicherweise als Referenz für die ökonometrische Simulation der Auswirkungen verschiedener Hypothesen

betreffend die Wirtschaftspolitik oder anderer Faktoren, die sich auf die Prognoseergebnisse auswirken, auf die makroökonomische Lage.

Modell: Vereinfachte Darstellung der Realität, die Grafiken oder Gleichungen zu Hilfe nimmt, um Interaktionen zwischen Variablen aufzuzeigen.

Modellierung: Instrument, das meistens anhand von Gleichungen formuliert wird und Statistiken verwendet, um die Theorie (Abstraktion) mit der Realität zu konfrontieren.

Monetäre Bedingungen: Unter der Annahme, dass die Zinsen sowie der Wechselkurs für die Ausrichtung der Geldpolitik relevante Indikatoren sind, können die monetären Bedingungen mithilfe eines Index wiedergegeben werden, der diese Indikatoren entsprechend ihrer relativen Bedeutung für die Endnachfrage verbindet. Die Bank of Canada hat als erste einen solchen Index der monetären Bedingungen (*Monetary Conditions Index*, MCI) eingeführt. In der Regel entspricht der MCI einem gewichteten Durchschnitt des kurzfristigen Zinssatzes und eines effektiven (d.h. handelsgewichteten) Wechselkurses, wobei die zwei Komponenten als Differenz zu ihrem Wert in einem Referenzjahr ausgedrückt werden (die Wechselkursdifferenz als logarithmischer Wert, wobei eine positive Differenz eine Abwertung der Landeswährung anzeigt). Folglich bedeutet ein Anstieg des MCI eine relative Verschärfung bzw. ein Rückgang eine relative Lockerung der Geldpolitik. Zahlreiche Versionen des MCI bedienen sich anstelle von nominalen realer Zinssätze und Wechselkurse. Die Gewichtungen werden gewöhnlich gestützt auf die geschätzte Elastizität der langfristigen Zinssätze und Wechselkurse berechnet. Die MCI wurden zudem erweitert, um auch die Renditedifferenzen und/oder die Aktienkurse zu berücksichtigen (*Financial Conditions Index*).

Monopol: Markt, auf dem nur ein Anbieter vorhanden ist. Der Monopolpreis ist höher als der Wettbewerbspreis.

Monopson: Markt, auf dem nur ein Nachfrager vorhanden ist. Der Monopsonpreis ist niedriger als der Wettbewerbspreis.

Nationale Ersparnis: Gesamteinkommen einer Volkswirtschaft abzüglich des Konsums der Haushalte und der öffentlichen Ausgaben; Summe der privaten Ersparnis und der öffentlichen Ersparnis.

Negative Skaleneffekte: Bei einer gegebenen Produktion eines Gutes x und den zwei gegebenen Produktionsfaktoren K , das Kapital und L , die Arbeit, die zur Produktion von x erforderlich sind, spricht man von negativen Skaleneffekten, wenn das Unternehmen, das seine Produktion um einen Koeffizienten « b » multiplizieren wollte, dazu K und L um einen grösseren Koeffizienten als « b » multipliziert hat. Die Folge negativer Skaleneffekte (dabei handelt es sich allerdings nur um eine Folge und nicht um die Definition) ist eine Erhöhung der durchschnittlichen Kosten.

Nettostaatsverschuldung: Summe der Finanzverbindlichkeiten abzüglich aller finanziellen Vermögenswerte der öffentlichen Verwaltungen. Zu den finanziellen Vermögenswerten des Sektors der öffentlichen Verwaltungen bestehen entsprechende Verbindlichkeiten ausserhalb dieses Sektors. Ausnahmen zu dieser Regel bilden Währungsgold und Sonderziehungsrechte, bei denen es sich um finanzielle Vermögenswerte ohne entsprechende Verbindlichkeiten handelt. Das Währungsgold und die Sonderziehungsrechte können bei den Vermögenswerten des Sektors der zentralen Verwaltungen berücksichtigt oder unter den Vermögenswerten der Zentralbank klassiert werden; die Zuteilung liegt im freien Ermessen des Staates.

Netzwerk/Netzwerkindustrien: Eine Reihe von Verbindungen zwischen zahlreichen separaten Einheiten, die eine gemeinsame Eigenschaft teilen. Netzwerke von Firmen oder Personen in verschiedenen Ländern sollen zur Handelserleichterung beitragen. Unter Netzwerkindustrien sind insbesondere alle Formen von Kommunikation und Transport, Wasser- und Stromnetze sowie der Teil des Finanzsystems, welcher den Handel ermöglicht, zu verstehen.

Netzwerkeffekt: Steigerung des Werts eines Gutes für einen Konsumenten, weil die Zahl der Nutzer dieses Gutes steigt. Der Besitz eines Telefons gewinnt zum Beispiel an Wert, wenn mehr Personen das Telefonnetzwerk nutzen. Netzwerkeffekte verleihen einem Unternehmen, das Eigentümer des Netzwerks ist, einen massiven Wettbewerbsvorteil. Dieser Vorteil des etablierten Anbieters entsteht dadurch, dass ein neuer Marktakteur die Leute überzeugen muss, einem Netzwerk beizutreten, das mit weniger Teilnehmern beginnt und daher möglicherweise weniger wertvoll für sie ist als das Netzwerk, an dem sie schon

beteiligt sind. Daher werden Märkte für Produkte mit Netzwerkeffekten oft durch wenige Firmen oder gar durch einen Monopolanbieter beherrscht.

Nichttarifäre Handelshemmnisse: Sämtliche Handelshemmnisse ausser den Zöllen. Dazu gehören zum Beispiel Ausgleichs- und Antidumpingzölle, «freiwillige» Exportbeschränkungen, Subventionen, welche die weitere Tätigkeit defizitärer Unternehmen erlauben, technische Handelshemmnisse sowie Hindernisse bei der Niederlassung und der Dienstleistungserbringung. Zudem fallen unter diesen Begriff oft auch gewisse interne Massnahmen wie Vertriebsbeschränkungen und wettbewerbswidrige Praktiken, welche den Handel gleichermassen beeinträchtigen können wie die Massnahmen an den Grenzen. Manche dieser Instrumente wie technische Vorschriften, Mindestnormen und Zertifizierungssysteme betreffend Gesundheit und Sicherheit der Konsumenten bilden nicht ipso facto Handelshemmnisse, da sie in der Regel eingesetzt werden, um legitime Handlungsziele der öffentlichen Hand zu erfüllen. Dennoch entsteht in gewissen Fällen das Gefühl, dass diese Art von Handlungsinstrumenten zu missbräuchlicher Verwendung Anlass gibt.

Offene Volkswirtschaft: Volkswirtschaft, in der die Marktakteure Güter und finanzielle Vermögenswerte frei grenzüberschreitend austauschen können.

Öffentliche Ausgaben: Vom Staat erworbene Güter und Dienstleistungen.

Öffentliche Ersparnis: Öffentliche Einnahmen abzüglich öffentlicher Ausgaben; Haushaltsüberschuss.

Öffentlicher Sektor: Gesamtheit des Sektors der öffentlichen Verwaltungen und sämtliche öffentliche Gesellschaften, einschliesslich der Zentralbank.

Oligopol: Markt, auf dem nur wenige Anbieter vorhanden sind. Der Preis auf einem oligopolistischen Markt liegt zwischen dem Monopolpreis und dem Wettbewerbspreis.

Oligopson: Markt, auf dem nur wenige Nachfrager vorhanden sind. Der Preis auf einem oligopsonistischen Markt liegt zwischen dem Wettbewerbspreis und dem Monopsonpreis.

Pareto-Optimum: Bei einer Wahl zwischen zwei Parametern (x und y) ist ein Zustand Pareto-optimal, wenn man nicht mehr x wählen kann, ohne die Wahl von y einzuschränken. Die Situation ist suboptimal, wenn es möglich ist, gleichzeitig x und y zu wählen. Man sagt auch, ein wirtschaftlicher Zustand sei Pareto-optimal, wenn die Situation einer Person nicht mehr verbessert werden kann, ohne jene von mindestens einer anderen Person zu verschlechtern. Die Situation ist suboptimal, wenn alle Personen einverstanden sind, sie zu ändern oder wenn sich zumindest niemand der Änderung widersetzt.

Potenzielles BIP: Wird im Wirtschaftsausblick definiert als Produktionsniveau, das eine Wirtschaft bei unveränderter Inflationsrate erreichen kann. Eine Wirtschaft kann zwar kurzfristig ihr potenzielles Produktionsniveau übertreffen, doch geschieht dies auf Kosten einer Beschleunigung der Inflation. Das Produktionspotenzial ist abhängig vom Kapitalstock, vom Arbeitskräftepotenzial (das wiederum von demografischen Faktoren und von der Beschäftigungsquote abhängt), vom NAIRU (Arbeitslosenquote, welche die Inflation stabilisiert) sowie vom Niveau der Effizienz der Arbeitskräfte.

Preiselastizität: Für ein gegebenes Gut oder eine gegebene Dienstleistung x misst die Preiselastizität die Sensibilität der Nachfrage nach x auf prozentuale Preisänderungen von x.

Produktion des Unternehmenssektors: Gesamtproduktion der Wirtschaft abzüglich der Aktivitäten des Sektors der öffentlichen Verwaltungen, d.h. des Konsums und der Bruttoanlageinvestitionen der öffentlichen Verwaltungen.

Produktion: Gesamtheit der hergestellten Güter und Dienstleistungen, die entweder auf dem Markt verkauft werden oder deren Produktionsfaktoren auf einem Markt gehandelt werden.

Produktionsfaktor: Faktor, der für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen verwendet wird, zum Beispiel Kapital oder Arbeit.

Produktionsfunktion: Mathematische Beziehung, die zeigt, wie die Mengen der Produktionsfaktoren die hergestellte Menge von Gütern und Dienstleistungen beeinflussen; zum Beispiel: $Y=F(K, L)$.

Produktionslücke: Abweichung des effektiven BIP vom potenziellen BIP, ausgedrückt als Prozentsatz des potenziellen BIP.

Produktivität: Verhältnis zwischen der hergestellten Menge eines Gutes oder einer Dienstleistung und der Menge der dafür benötigten Produktionsfaktoren.

Reale Wirtschaft: Der Begriff der realen Wirtschaft entspricht dem Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit.

Reiner und vollkommener Wettbewerb: Damit auf einem Markt ein reiner Wettbewerb herrscht, müssen die folgenden drei Bedingungen erfüllt sein: 1. Fragmentierung des Marktes: Der Markt setzt sich aus einer sehr grossen Zahl von Anbietern und Nachfragern zusammen, so dass der Preis nicht von einem der Marktakteure allein festgelegt werden kann; 2. Homogenität des Produktes: damit man von einem reinen Wettbewerb sprechen kann, muss das Produkt homogen sein, was dem Hersteller, der eine Differenzierung der Produkte vornimmt, erlaubt, zumindest vorübergehend in einer Monopolsituation zu sein; 3. freier Marktzutritt und Marktaustritt: auf einem Markt mit reinem Wettbewerb müssen die Marktakteure (Anbieter und Nachfrager) über einen freien Zugang zum Markt verfügen und diesen auch wieder frei verlassen können. Dies bedeutet, dass keine Zutrittsschranken bestehen dürfen (Regelungen, Tarife oder Zutrittskosten oder hohe Fixkosten). Die Marktakteure müssen den Markt auch frei wieder verlassen können. Damit ein Markt mit reinem Wettbewerb ein Markt mit vollkommenem Wettbewerb ist, müssen die folgenden beiden zusätzlichen Bedingungen erfüllt sein: 4. Vollkommene und vollständige Information auf dem Markt: Diese wird durch den Preis gegeben. Der Preis wird somit als Informationsinstrument betrachtet; 5. Mobilität der Produktionsfaktoren: damit das Gleichgewicht zwischen Anbietern und Nachfragern auf dem Markt ermöglicht wird, müssen die Preise vollkommen flexibel sein. Daher müssen auch die Produktionskosten, die normalerweise dem Angebotspreis zugrunde liegen, flexibel sein. Dazu müssten die Produktionsfaktoren mobil sein, um einen besseren Fluss auf den Faktormärkten und in der Folge auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen zu gewährleisten.

Relativer Preis: Der relative Preis von zwei Gütern ist der Preis eines Gutes ausgedrückt in der Menge des anderen Gutes.

Resilienz: Fähigkeit einer Volkswirtschaft, den gesamtwirtschaftlichen Output während und nach einer Krise nahe am Potenzialoutput zu halten. Kehrseite der Resilienz ist die Vulnerabilität, also die Verletzlichkeit einer Volkswirtschaft bei Eintreten einer Krise. Resilienz umfasst drei Dimensionen: das Ausmass, mit welchem ein Schock den gesamtwirtschaftlichen Output beeinträchtigt, die Geschwindigkeit, mit welcher die Volkswirtschaft sich zum Potenzialoutput zurückbewegt und, insbesondere bei schwerwiegenden Krisen, die mögliche permanente Beeinträchtigung des Potenzialoutputs durch den Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.

Rezession: längere Periode des Rückgangs des realen Einkommens.

Ricardianische Äquivalenz: Theorie gemäss der die zukunftsorientierten Konsumenten die zukünftigen Steuern, die sich aus der Verschuldung des Staates ergeben, vollumfänglich vorwegnehmen, so dass ein heute vom Staat aufgenommenes Darlehen, verbunden mit der Steuer, die er in Zukunft zur Rückzahlung dieses Darlehens erheben muss, genau dieselbe Auswirkung auf die Wirtschaft hat, wie eine heutige Steuer.

Saisonbereinigung: Die statistischen Reihen werden um saisonale Schwankungen bereinigt, sowie in gewissen Fällen um die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage. Falls vorhanden, werden die um die saisonalen Schwankungen bereinigten Daten direkt bei den nationalen Statistikstellen eingeholt; ansonsten wird die vom US-Bureau of the Census erarbeitete Norm ARIMA X-11 zur Saisonbereinigung verwendet, welche allgemeine Glättungstechniken und Spektralanalysen beinhaltet. Gegebenenfalls werden die Reihen auch um Variationen des Kalenders bereinigt (z.B. Anzahl monatlicher Arbeitstage) und einer Verpflichtung zur statistischen Kohärenz für das ganze Jahr unterworfen.

Sanierung der öffentlichen Finanzen: Politik mit dem Ziel, die Defizite der öffentlichen Verwaltungen und die Höhe der Staatsschulden zu reduzieren.

Schätzungen zu konstanten Preisen: Theoretisch werden die Preis- und die Mengenkomponekte eines Werts identifiziert und der Preis der Referenzperiode ersetzt jenen der aktuellen Periode.

Schock: Exogene Veränderung einer wirtschaftlichen Beziehung wie der aggregierten Nachfragekurve oder der aggregierten Angebotskurve.

Skaleneffekt: Bei einer gegebenen Produktion eines Gutes x und den zwei gegebenen Produktionsfaktoren K , das Kapital und L , die Arbeit, die zur Produktion von x erforderlich sind, spricht man von einem Skaleneffekt, wenn das Unternehmen, das seine Produktion um einen Koeffizienten « b » multiplizieren wollte, dazu K und L um einen kleineren Koeffizienten

als «b» multipliziert hat. Die Folge der Skaleneffekte (dabei handelt es sich allerdings nur um eine Folge und nicht um die Definition) ist ein Rückgang der durchschnittlichen Kosten.

Solvabilitätsnormen: Mindestbetrag an Kapital (Eigenmittel), das die Finanzinstitute im Verhältnis zu ihren Aktiven halten müssen; der Betrag wird durch die Finanzmarktaufsichtsbehörden festgelegt. Mit diesen Normen soll sichergestellt werden, dass genügend Kapital vorhanden ist, um wahrscheinliche Verluste zu absorbieren. 1988 wurde bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich vereinbart, dass die Mindestquote der Eigenmittel internationaler Banken im Verhältnis zu ihren risikogewichteten Aktiven 8% betragen muss.

Soziale Sicherheit: Gesamtheit aller Sozialversicherungen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Unter Sozialversicherungen versteht man alle Mechanismen der sozialen Sicherheit, die für die Gemeinschaft als Ganzes gelten. Dies können Mechanismen mit oder ohne vorgängige Beitragszahlung sein (Kapitalisierung oder Umverteilung). Nur Systeme, die von öffentlichen Verwaltungseinheiten zugunsten ihrer eigenen Arbeitnehmenden eingerichtet wurden, zählen nicht zu den Sozialversicherungen der öffentlichen Verwaltung. So sind beispielsweise die finanziellen Vermögenswerte von Pensionskassen der Arbeitnehmenden der öffentlichen Verwaltungen nicht zu den Vermögenswerten des Sektors der öffentlichen Verwaltungen zu zählen, sondern vielmehr zu denen des Versicherungssektors.

Sozialversicherungsbeitrag: Abgaben, die hauptsächlich auf der Arbeit, aber in beschränktem Rahmen auch auf dem Kapital geleistet werden und der Finanzierung von Sozialleistungen dienen.

Staatliche Gesellschaften: Gesellschaften die, entweder vollständig oder mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören und/oder von ihr kontrolliert werden. Alle staatlichen Finanzinstitutionen werden als Gesellschaften behandelt.

Staatliche Unternehmen: Produktionseinheiten des Businesssektors, die durch die öffentliche Verwaltung und durch öffentliche Gesellschaften kontrolliert werden. Darunter fallen die Organisationen, die ganz oder teilweise dem Staat gehören und/oder durch ihn kontrolliert werden und die aus Betrieben bestehen, die aufgrund der Art ihrer Tätigkeit, ihrer Technologie oder ihrer Betriebsweise zum Businesssektor gezählt werden.

Stabilisierungspolitik: Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, das Ausmass der kurzfristigen wirtschaftlichen Schwankungen zu begrenzen.

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Pakt, der seit seiner Verabschiedung 1997 als Rahmen für die Koordination der Haushaltspolitiken der EU-Staaten dient. Darin haben die Mitgliedstaaten vereinbart, sich das mittelfristige Ziel zu setzen, einen «nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss» zu erzielen. Diese Voraussetzung wird als notwendig erachtet, damit während den normalen Phasen des Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit die automatischen Stabilisatoren zum Tragen kommen, ohne dass das Haushaltsdefizit erneut auf ein Niveau von mehr als 3 Prozent des BIP steigt. Jedes Land, in dem das gesamte Defizit der öffentlichen Verwaltungen diese Schwelle übersteigt, kann finanziellen Sanktionen unterworfen werden, es sei denn, der Rat der Europäischen Union sei der Ansicht, dass es sich nur um eine vorübergehende Überschreitung handelt, die sich durch ausserordentliche Umstände rechtfertigen lässt. Alle Mitgliedstaaten erstellen jährlich ein Stabilitätsprogramm (für jene, die zur Eurozone gehören) oder ein Konvergenzprogramm (für die übrigen Mitgliedstaaten), in dem die wichtigsten Ausrichtungen ihrer Haushaltspolitik für die kommenden Jahre dargelegt werden. Dieses Programm wird der Europäischen Kommission unterbreitet und entsprechend den Empfehlungen der Kommission durch den Rat der Europäischen Union mit einer öffentlichen Bekanntgabe verabschiedet.

Steuern: Dem Staat bezahlte Abgabe, ohne festgelegten Verwendungszweck.

Strukturelle Arbeitslosigkeit: Arbeitslosenquote bei unveränderter Lohninflation (NAWRU) oder bei unveränderter Preisinflation (NAIRU) unter gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen.

Strukturentwicklung: Die Reallokation von Ressourcen (Arbeit und Kapital) zwischen Wirtschaftssektoren infolge ändernder wirtschaftlicher Umstände wie Handelsbedingungen oder Änderungen in der Politik. Dies kann auf eine permanente Änderung der Präferenzen der Wirtschaftsakteure oder der Technologie zurückzuführen sein.

Strukturreformen: Das Ziel von Strukturreformen besteht darin, ein günstiges politisches Umfeld für verantwortliche, transparente Regierungen und gut abgegrenzte öffentliche und private Sektoren zu schaffen, die sich bei der Förderung von Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung gegenseitig verstärken. Strukturreformprogramme bestehen in der Regel aus einem Paket miteinander verbundener politischer Korrekturmaßnahmen, mit denen das externe und das interne politische Umfeld verbessert werden sollen.

Technische Handelshemmnisse - TBT: Technische Vorschriften, Mindestnormen und Zertifizierungssysteme in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz, sowie Vorschriften zur Verbesserung der Informationen zu den Produkten, die zur Errichtung technischer Handelshemmnisse (TBT) führen können. TBT werden vor allem durch Unterschiede in der Anwendung der technischen Vorschriften, Normen und Zertifizierungssystemen zwischen inländischen und ausländischen Anbietern hervorgerufen, auch wenn schon die Tatsache, dass diese Bestimmungen sich zwischen den Ländern unterscheiden, an sich ein Handelshemmnis darstellen kann. In der Praxis lässt es sich nur schwer beurteilen, inwiefern Normen differenziert angewandt oder umgesetzt werden.

Technologischer Fortschritt, der die Effizienz der Arbeit steigert: Entwicklungen der Produktionskapazität, welche die Effizienz der Arbeit steigert.

Terms of Trade: Verhältnis zwischen den Exportpreisen und den Importpreisen.

Totale Faktorproduktivität: Ein Synonym für die multifaktorielle Produktivität und eine Messgröße für den Stand der Technologie; Sie ist die residuale Änderung der Produktion, die sich nicht durch die Änderung der Produktionsfaktoren erklären lässt.

Um Konjunkturschwankungen bereinigtes Haushaltsdefizit: Haushaltsdefizit, das um die Auswirkungen des Konjunkturzyklus auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates bereinigt wurde; Haushaltsdefizit, das sich ergeben würde, wenn die Produktion dem Produktionspotenzial und die Arbeitslosenquote ihrem natürlichen Stand entspräche.

Unfreiwillige Teilzeitarbeit: Davon sind drei Gruppen betroffen: 1) Personen, die normalerweise Vollzeit arbeiten, die jedoch aufgrund einer Verlangsamung der Wirtschaft nur noch Teilzeit arbeiten; 2) Personen, die üblicherweise Teilzeit arbeiten, die jedoch aufgrund einer Verlangsamung der Wirtschaft weniger Stunden im Rahmen ihrer Anstellung arbeiten; und 3) Personen, die Teilzeit arbeiten, da sie keine Vollzeitstelle finden.

Verfügbares Einkommen: Volkseinkommen, Einkommen der institutionellen Einheiten usw., unabhängig von seiner Herkunft, nach Abzug aller bezahlten laufenden Transfers. Das verfügbare Einkommen entspricht der Summe des Volkseinkommens zu Marktpreisen und der erhaltenen laufenden Transfers abzüglich der bezahlten laufenden Transfers, mit Ausnahme des Vermögenseinkommens und des Unternehmenseinkommens.

Vermögenseffekte: Auswirkungen einer Änderung des Vermögens auf die privaten Ausgaben. Vermögenseffekte hängen in der Regel mit Änderungen des Werts von Aktien, Obligationen oder Immobilien zusammen.

Verschuldungsquote: Gesamte Verpflichtungen eines Unternehmens geteilt durch das Gesellschaftskapital.

Vertikale Angebotsbeziehungen: Beziehungen zwischen Unternehmen oder innerhalb eines Unternehmens zwischen vor- oder nachgelagerten Stufen innerhalb der Produktionskette eines gegebenen Gutes. In den letzten Jahren hat sich die Produktionskette von zahlreichen Gütern und Dienstleistungen globalisiert.

Vierteljährliche Wachstumsrate: Wachstum einer Variablen gegenüber dem Vorquartal. Die Berechnung und Darstellung der Wachstumsraten können irreführend sein, dies gilt vor allem für vierteljährliche Reihen. Im Folgenden werden deshalb die verwendeten Berechnungsgrundsätze genauer erläutert. Die jährliche Wachstumsrate wird gewöhnlich als prozentuale Veränderung einer Variablen von einem Jahr zum Folgejahr definiert. Auf diese Weise lassen sich auch vierteljährliche Wachstumsraten berechnen, die der prozentualen Veränderung zwischen zwei aufeinanderfolgenden Quartalen entsprechen. Häufig ist es aber hilfreich, diese vierteljährlichen Wachstumsindikatoren auf das Jahr hochzurechnen, sodass sie sich einfacher mit den jährlichen Wachstumszahlen vergleichen lassen. Mathematisch gesehen wird dazu der Wachstumsfaktor zwischen zwei Quartalen (ergibt sich durch Division des aktuellen Werts einer Variablen durch deren Wert im Vorquartal) hoch vier gerechnet, dann wird 1 abgezogen und das Ganze mal 100 gerechnet. Um eine jährliche Wachstumsrate zu erhalten, bei der sich der vierteljährliche Wachstumsrhythmus über ein ganzes Jahr fortsetzt, muss die durchschnittliche Wachstumsrate von vier Quartalen ermittelt

werden. Als einfache mathematische Gleichung ausgedrückt, ergibt dies für eine Variable mit einem Wert von X_t für ein Quartal und von X_{t+1} für das darauffolgende Quartal zur Berechnung der vierteljährlichen Wachstumsrate für die Periode $t+1$ auf Jahresbasis die folgende Formel: $g(t+1) = [(X_{t+1}/X_t)^4 - 1.0] * 100$.

Volatilität: Indikator des Risikos oder der Ungewissheit, mit dem/der die Akteure auf den Finanzmärkten konfrontiert sind. Die Volatilität kann anhand von früheren Schwankungen der Preise der Vermögenswerte (siehe historische Volatilität) gemessen oder aus Modellen zur Bestimmung der Preise von Derivaten abgeleitet werden (implizite Volatilität).

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Rechnungsführungssystem, welches das BIP und seine Komponenten misst.

Wechselkurs (nominal): Preis einer Währung in einer anderen Währung. Zum Beispiel lag am 1. Januar 1999 der Euro bei 1.16 US-Dollar, während der Preis eines US-Dollars 0.86 EUR betrug.

Welthandel (Wachstum des): Entspricht dem arithmetischen Mittel des Wachstums des weltweiten Importvolumens und des weltweiten Exportvolumens.

Welthandelsorganisation - WTO: Internationale Organisation, die sich mit der weltweiten Regelung der nationenübergreifenden Handelsbeziehungen beschäftigt. Ihre Hauptfunktion besteht darin, sicherzustellen, dass der Handel soweit möglich frei, ungehindert und vorhersehbar abläuft. In diesem auch als multilaterales Handelssystem bekannten System stehen die WTO-Übereinkommen im Zentrum, die von den meisten Handelsnationen weltweit ausgehandelt und unterzeichnet und von ihren Parlamenten ratifiziert wurden. Diese Übereinkommen bilden die rechtliche Grundlage des Welthandels. Im Wesentlichen handelt es sich um Verträge, die den Mitgliedstaaten beträchtliche Handelsrechte einräumen. Sie verpflichten zudem die Regierungen, ihre Handelspolitik innerhalb vereinbarten Grenzen zu halten. Diese Übereinkommen wurden zwar von den Regierungen ausgehandelt und unterzeichnet, ihr Ziel ist es jedoch, die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen sowie die Exporteure und Importeure in ihrer Geschäftstätigkeit zu unterstützen.

Wertschöpfung/Mehrwert: Wert der Verkäufe eines Unternehmens abzüglich des Werts der vom Unternehmen erworbenen Vorleistungen.

Wettbewerb: Situation, in der die Privatpersonen oder Unternehmen so zahlreich sind, dass das Verhalten eines einzelnen den Marktpreis nicht beeinflusst.

Wettbewerbsfähigkeit: Indikator, der den Vor- oder Nachteil eines Landes beim Verkauf seiner Produkte auf den internationalen Märkten misst. Das Sekretariat der OECD berechnet zwei Indikatoren für die Wettbewerbsfähigkeit, die auf dem Unterschied zwischen den Lohnstückkosten eines Landes und seiner Konkurrenten im verarbeitenden Gewerbe und den Konsumpreisen basieren, wobei die beiden Indikatoren in derselben Währungseinheit ausgedrückt werden. Die OECD erstellt auch Indizes der nominalen effektiven Wechselkurse.

Wettbewerbsregeln: Kartellregeln und diesbezügliche Bestimmungen (z.B. Gesetzgebung zum geistigen Eigentum), die den Wettbewerb fördern oder einschränken sollen und die Auswirkungen auf die Handels- und Investitionsbeziehungen mit dem Ausland haben können.

Wirtschaftliches Gut: Um als wirtschaftlich zu gelten, muss ein Gut die folgenden Bedingungen erfüllen: Es muss ein Bedürfnis befriedigen (unabhängig davon, ob dieses moralisch oder unmoralisch, rechtmässig oder rechtswidrig, materiell oder immateriell ist), es muss verfügbar sein und es muss rar sein.

Wirtschafts- und Währungsunion: Dabei handelt es sich um die Eurozone.

Wirtschaftsakteur: Einheit, die ein wirtschaftliches Verhalten annimmt. Dabei handelt es sich um die Unternehmen, die Haushalte oder die Verwaltungen.

Wirtschaftsfreiheit: Die Freiheiten des Marktes: die Freiheit der Konsumenten, zu entscheiden, wie sie ihre Ausgaben zwischen verschiedenen Gütern und Dienstleistungen aufteilen wollen, die Freiheit der Arbeitskräfte, ihre Stelle zu wechseln, Gewerkschaften beizutreten und an Streiks teilzunehmen; die Freiheit von Privatpersonen, Unternehmen zu gründen und zu entscheiden, was sie herstellen und wann sie ihre Produktpalette anpassen wollen sowie die Freiheit der Sparer zu entscheiden, wann und wo sie ihre Ersparnisse anlegen wollen. In die Schweiz wird die Wirtschaftsfreiheit durch Artikel 94 «Grundsätze der Wirtschaftsordnung» der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft definiert.

Wirtschaftszweig: Ein Wirtschaftszweig wird durch eine hauptsächliche Wirtschaftstätigkeit gekennzeichnet, die oft der Herstellung eines spezifischen Produkts gewidmet ist (die Automobilbranche interessiert sich beispielsweise ausschliesslich für den Kreislauf «Produktion/Einnahmen/Ausgaben» im Zusammenhang mit Autos).